

# „Daseinsvorsorge zunehmend gefährdet“

Pressemitteilung (pm)

16. Mai 2024



**Anfang Mai trafen sich die beiden Vorstände der Stiftung St. Franziskus, Andrea Weidemann und Stefan Guhl, mit dem FDP-Politiker Daniel Karrais zu einem informellen Austausch am Stammsitz des Sozialunternehmens in Heiligenbronn. Es ging um drängende Themen wie die Versorgungssituation, vor allem im ländlichen Raum, den unverändert großen Arbeitskräftemangel im Sozialwesen, sowie um die Themen Digitalisierung und Nachhaltigkeit. Die Vorstände trugen laut Pressemitteilung vor, was die Stiftung von der Politik erwartet, um ihrem Arbeitsauftrag vollumfänglich gerecht werden zu können.**

Fehlende Mittel an zu vielen Stellen und ein lähmendes Bürokratiedickicht, auch bei drängenden Fragen – diese beunruhigenden Gemeinsamkeiten weisen sämtliche Themen auf, die die Vorstände der Stiftung St. Franziskus zusammen mit dem FDP-Politiker und Mitglied des Landtags, Daniel Karrais, in Heiligenbronn erörterten. Bei dem Austausch ging es um die Bereiche Daseinsvorsorge, Arbeitskräftemangel, Abbau von Bürokratie, Digitalisierung, IT Sicherheit und Nachhaltigkeit.

Daniel Karrais ist Mitglied im Ausschuss für Inneres, Digitalisierung und Kommunen sowie Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft. Die Vorstände der Stiftung adressierten an ihn ihre Erfahrungen aus erster Hand, ihre Vorstellungen und Erwartungen an die Politik für eine zukunftsfähige Sozialbranche im Dienste für die Bevölkerung.

Gerade im ländlichen Raum, so die Vorstände, sei die Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigen Leistungen der Daseinsvorsorge insbesondere durch fehlende Arbeitskräfte immer mehr gefährdet. „Bis zum jetzigen Zeitpunkt musste die Stiftung zwar noch keine Angebote einstellen“, erklärte Vorständin Andrea Weidemann, „ob dies aber in Zukunft gewährleistet werden kann, ist momentan mehr als fraglich.“ Neue Angebote für Menschen mit Behinderung etwa, die eigentlich stark nachgefragt seien, könnten aktuell nicht voll ausgelastet werden, weil Personal fehle.

## Arbeitskräftemangel

Es mangle aber nicht nur an spezialisierten Fachkräften, sondern an Arbeitskräften ganz allgemein. Gleichzeitig betreibe die Stiftung einen hohen Aufwand, um Nachwuchskräfte aus dem Ausland zu integrieren und auf einen sozialen Beruf vorzubereiten. Jährlich würden etwa fünf bis zehn Absolventen eines Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) bei der Stiftung anschließend eine Ausbildung in einem sozialen Beruf beginnen.

„Ein Erfolgsmodell“, so Vorstand Stefan Guhl, „das zwar einen großen Aufwand für uns als Arbeitgeber bedeutet, der sich aber lohnt.“ Kein Verständnis habe er daher für starre Handhabungen des Ausländerrechts, welches keine Überbrückung zwischen dem FSJ und dem Beginn der Ausbildung zulässt.

Aufgrund der Gesetze und der zähen Bürokratie seien die Hürden für eine Beschäftigung von ausländischen Mitarbeitenden allgemein sehr hoch. Die neuen Regelungen durch das Fachkräfteeinwanderungsgesetz würden immerhin Erleichterung versprechen. Daniel Karrais hob hervor, dass sich die neuen Regelungen nicht nur auf Fachkräfte, sondern auch auf die Einstellung von ungelerntem Personal günstig auswirken werde. „Fakt ist, dass wir Zuwanderung brauchen, um die Arbeitsplätze zu besetzen“, so der FDP-Politiker. Der übrigens in Epfendorf im Landkreis Rottweil aufwuchs. „Die gemeinnützige Arbeit der Stiftung St. Franziskus verfolge ich daher schon seit Längerem“, berichtete Daniel Karrais.

## Bürokratie

Andrea Weidemann ging dann noch mal auf die ihrer Erfahrung nach „überbordenden Bürokratie“ ein. Die vielfältigen Regulierungen würden allen Akteuren im Sozialbereich immens zu schaffen machen. „Teilweise ist es kaum mehr möglich im Dschungel der Behörden und Regelungen den Überblick zu behalten“, so Andrea Weidemann. Hinzu komme, dass immer mehr Aufgaben an die Unternehmen, bzw. Arbeitgeber abgewälzt würden.

Zur Kompensation fehlender Arbeitskräfte sei eine konsequente Digitalisierung nach Überzeugung der Stiftungsvorstände unabdingbar. „Es ist ein Weg, um die Aufgaben in Zukunft überhaupt noch erfüllen zu können“, erklärt Stefan Guhl. Digitalisierung müsse an allen Stellen ansetzen, es ginge um grundsätzliche Reformen und ein behörden- und institutionenübergreifendes Denken.

Ihm sei bewusst, dass auch die Digitalisierung enorme finanzielle Anstrengung mit sich bringen werde. Ein Appell an die Politik, nicht nur das Allernotwendigste in der Digitalisierung zu ermöglichen, sondern breit zu denken. „Digitalisierung setzt eine große Veränderungsbereitschaft auf allen Ebenen voraus“, so der Vorstand.

## IT-Sicherheit

Im Zuge dessen müsse die IT-Sicherheit von Seiten des Staats mitgedacht werden, mahnte Stefan Guhl. In Anbetracht der Bedrohung durch Cyber-Angriffe müssten Unternehmen wie die Stiftung vielfältige Maßnahmen ergreifen, um im Ernstfall handlungsfähig zu bleiben. Der Staat, so die Vorstände, könne sich nicht aus der Verantwortung ziehen, indem er unter anderem Arbeitgeber und Unternehmen sämtlichen Aufwand für die forensischen Leistungen im Falle eines Angriffs überlässt. „Durch die Cyber-Sicherheitsagentur Baden-Württemberg sind erste Lösungsansätze vorhanden“, erklärte Daniel Karrais zu dem Thema.

Der Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft war dann auch der richtige Adressat in Sachen Nachhaltigkeit und Klimaschutz. Die Vorstände trugen vor, dass es zwar erklärtes Ziel der Stiftung sei, klimaneutral und nachhaltig zu agieren, die bestehenden Bedingungen dies aber nur bedingt zuließen. „Für Unternehmen der Sozialwirtschaft ist es nach wie vor wirtschaftlich unmöglich, die Kosten des Umbaus hin zur CO<sub>2</sub>-Neutralität alleine zu stemmen“, so Andrea Weidemann.